



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 23

14. Dezember 2005

ISSN 1437-6148

Bolivien hat die Wahl: Welchen Weg wird der neue Präsident einschlagen?

Tangmar Marmon

Nach zwei Jahren institutioneller Instabilität und zwei Präsidentenrücktritten wird am 18. Dezember in Bolivien nun wieder ein neuer Präsident gewählt. Mittlerweile haben die sozialen Bewegungen, die letztlich für die Rücktritte der Präsidenten Sánchez de Lozada und Mesa gesorgt haben, die politische Agenda erweitert. Die drei aussichtsreichsten Kandidaten für die Präsidentschaft, Evo Morales, Tuto Quiroga und Samuel Doria Medina müssen sich auf eine neue Situation mit einer gestärkten Vetomacht des Volkes einstellen, wenn sie ihre Chancen, gewählt zu werden, wahrnehmen wollen. Welche Themen der neue Präsident Boliviens zu bewältigen haben wird und wie sich die Kandidaten im Wahlkampf positionieren, soll in dem folgenden Artikel beleuchtet werden.

Strukturelle Entwicklungsdefizite als Ursache einer Regierbarkeitskrise

Am 18. Dezember werden in Bolivien ein neuer Präsident und Kongress gewählt. Diese Wahlen werden als richtungweisend angesehen, sollen sie doch eine Phase politischer Unsicherheit beenden, in der sich das Land seit dem erzwungenen Rücktritt von zwei Präsidenten befindet. Die letzten fünf Jahre waren von zunehmend gewalttätigen Protesten geprägt, die das öffentliche Leben beeinträchtigen und der Politik immer weniger Handlungs- und Gestaltungsspielraum ließen.

Auch wenn die Krise, die Bolivien im Moment durchlebt, vor allem eine politische ist und die Wirtschaft bisher erstaunlich wenig durch sie beeinträchtigt worden ist, so steht doch fest, dass die langfristigen Entwicklungsperspektiven des Landes ganz wesentlich davon abhängen, ob wieder ein gesamtgesellschaftlicher Konsens über die politischen Spielregeln hergestellt wer-

den kann. Gegenwärtig muss man Bolivien leider als einen *state at risk* einstufen, der, sollte sich eine Befriedung der politischen Konfliktaustragung nicht erreichen lassen, wohl zum *failing state* würde. Vereinzelt lassen sich bereits Elemente einer solchen Entwicklung beobachten: sporadische Zusammenbrüche der öffentlichen Ordnung und die Unfähigkeit der Polizei, diese wieder herzustellen, akute Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols etc. Offenbar täuschten die stabilen politischen Verhältnisse der 90er Jahre und eine deutliche Verbesserung vieler Indikatoren menschlicher Entwicklung Akteure wie auch Beobachter darüber hinweg, dass bedeutende strukturelle Entwicklungsdefizite nicht aus dem Weg geräumt waren. Der soziale Frieden des Landes wird ganz wesentlich davon abhängen, welche Rezepte die zukünftige Regierung zur Lösung dieser Defizite vorschlägt und wie schnell sie Ergebnisse zeitigen.

Eine Bestandsaufnahme der wichtigsten Wirtschaftsdaten des Landes lässt die Probleme erkennen, mit denen sich der zukünftige Präsident konfrontiert sieht: Die hohe Zahl der Armen konterkariert nach wie vor das moderate aber stetige Wirtschaftswachstum (für 2006 werden 3,5% prognostiziert). 63% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze von zwei Dollar pro Tag, auf dem Land sind es sogar 82%. Kernproblem jeder Regierung und Hauptursache der vielfältigen sozialen Proteste ist also, dass das Wirtschaftswachstum nicht „pro poor“ ist. Bolivien ist nach wie vor ein sehr ungleiches Land und weist einen im südamerikanischen Vergleich stabil hohen Gini-Koeffizienten auf: 1997 betrug er 0,585; 2000 betrug er 0,498. Auch der Landbesitz ist immer noch extrem ungleich verteilt. Im Altiplano-Hochland beispielsweise teilen sich über eine Million Bauern 1,7 Millionen Hektar Land, vieles davon untauglich für die Bewirtschaftung. Dies birgt sozialen Sprengstoff. Zwar hat die Landwirtschaft mittlerweile nur noch einen Anteil von 14,4% an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, aber der Großteil der Armen ist immer noch in diesem Sektor beschäftigt. Die Ungleichverteilung von Bodenbesitz ist in diesem Zusammenhang ein Thema, das enormes Protestpotenzial mobilisieren kann.

Die größten Anteile an der bolivianischen Volkswirtschaft machen heute der Dienstleistungsbereich (knapp 57%) und die Industrie (knapp 30%) aus. In diesem Zusammenhang muss es beunruhigen, dass die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten der Industrie leicht zurückgehen und im Dienstleistungsbereich bei ca. 3% (2003) stagnieren. Diese Entwicklung erhält zusätzliche Brisanz durch ein Bevölkerungswachstum von 2%. Die sozioökonomischen Rahmenbedingungen deuten also nicht auf eine baldige Entspannung der wirtschaftlichen Lage hin.

Die politischen Rahmenbedingungen stimmen ebenfalls skeptisch: Die Menschen gehen zunehmend auf die Straße und verleihen ihren Forderungen mit Märschen, Blockaden und Hungerstreiks Nachdruck. So erzeugen sie einen unproduktiven Druck auf die Regierenden, der oft strukturelle Handlungsblockaden hervorruft (für eine genauere Beschreibung dieser Konfliktodynamik siehe Brennpunkt Lateinamerika 12/2005). Unter der daraus hervorgehenden eingeschränkten Handlungsfähigkeit litten auch die Regierungen Sánchez de Lozada, Mesa sowie die jetzige Regierung Rodríguez. Ergebnis der in weiten Teilen irrationalen Dynamik der sozialen Proteste ist, dass ein großer Teil der politischen Agenda

unbearbeitet liegen geblieben ist, weil den Regierungen nicht die Zeit eingeräumt wurde, einen gangbaren Weg zu ihrer Lösung zu entwickeln. Dieser Zustand politischer Lähmung ist andererseits aber auch auf die Politiker selbst zurückzuführen: Einer der Garanten politischer Stabilität nach der Transformation zur Demokratie, die so genannte *Democracia Pactada* (die Koalitionsbildung unter auch programmatisch sehr gegensätzlichen Parteien) führte dazu, dass die Machtbeteiligung immer mehr Gegenstand von Aushandlungs- und Tauschprozessen wurde. Im Zuge dessen verstanden die Parteien politische Macht immer öfter als Verfügungsmasse und agierten dementsprechend opportunistisch. Mesa hatte mehrfach mit Rücktritt gedroht, weil er sich vom Kongress immer mehr blockiert und in die politische Handlungsunfähigkeit gedrängt sah, bevor er schließlich tatsächlich zurücktrat. Eine der Folgen dieser Verhaltensweisen der Parteien, die offenbar nicht dem Gebot des politischen und sozialen Gemeinwohls folgen, ist ihr zunehmender Glaubwürdigkeitsverlust (laut den Zahlen des neuesten Latinobarómetro sehen nur noch knapp 50% der Bolivianer die Demokratie als bevorzugte Regierungsform an).

Drei Dinge werden über die politische Stabilität und den sozialen Frieden in Bolivien in den kommenden Jahren entscheiden. Zum Ersten: Schafft es der zukünftige Präsident eine inkludierende Politik zu verfolgen, die keine soziale Gruppe als Verlierer zurücklässt? Zum Zweiten: Kann *Pro Poor-Growth* etabliert werden, so dass die Armen am generierten BIP teilhaben können? Zum Dritten: Wie verhalten sich die Oppositionsparteien im Kongress? Werden sie mit dem neuen Präsidenten kooperieren oder ihm Steine in den Weg legen? Zumindest herrscht Einigkeit unter den Parteien, was die drängendsten Probleme sind, die von der kommenden Regierung bearbeitet werden müssen.

Die Agenda

Ruft man sich in Erinnerung, woran die Regierungen Sánchez de Lozada sowie Mesa gescheitert sind und welche Forderungen im Zuge ihrer Rücktritte laut geworden sind, so lassen sich die zwei wichtigsten Punkte der Agenda sofort benennen: Es muss erstens eine Regelung gefunden werden, wie mit den Gasreserven des Landes umgegangen wird; zweitens muss der neue Präsident den Weg hin zu einer Verfassungsgebenden Versammlung, der *Asamblea Constituyente*, frei machen. Darüber hinaus gibt es allerdings noch weitere Themen, die vordringlich der Aufmerk-

samkeit der neuen Regierung bedürfen, da sie ganz wesentlich der kollektiven Unzufriedenheit zugrunde liegen: nämlich die auch mit der Frage des Gas verbundene Problematik der weltwirtschaftlichen Verflechtung Boliviens. Auch muss der künftige Präsident in diesem Zusammenhang sein ordnungspolitisches Standing deutlich machen, was die nationale Wirtschaftsordnung betrifft. Konfliktiv sind diese Issues nicht so sehr wegen ihrer makroökonomischen Konsequenzen, die von eher untergeordneter Bedeutung sein dürften. Ihre Brisanz entsteht vielmehr durch die ideologische Verbrämung des Themas, die für einen politischen Stellungskrieg instrumentalisiert wird. Ein letzter Punkt der politischen Agenda, der dringend von der neuen Exekutive angegangen werden muss, ist die unvollendete Landreform (*Ley INRA – Instituto Nacional de Reforma Agraria*). Diese Reform, die im Rahmen einer Bodenreform eine sozial ausgleichende Umverteilung von Land vorsieht, hat bis jetzt deutlich schlechtere Ergebnisse erbracht als vorgesehen.

Bolivien und die Gasförderunternehmen: Die Neudefinition ihrer Beziehung (Ley 3058)

Das am 19. Mai 2005 in Kraft getretene neue Gesetz 3058 über die Verwendung der nationalen Kohlenwasserstoffe (*Ley de Hidrocarburos*) legt im Wesentlichen die Einführung einer Direktsteuer von 32% auf die im Land agierenden Gasförderunternehmen, die Anpassung ihrer Verträge an die neue Rechtslage sowie die Renationalisierung der YPFB (*Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos*) fest (vgl. Brennpunkt Lateinamerika 11/2005). Für die Anpassung der Verträge der internationalen Unternehmen mit dem bolivianischen Staat war eine Frist von 180 Tagen vorgesehen, die am 15. November ausgelaufen war. Dennoch konnten die Vertragsanpassungen nicht vollzogen werden, weil das Gesetz mangelhaft entworfen worden war. Präsident Rodríguez sah sich gezwungen, die Vorlage an das Parlament zurück zu überweisen. Es ist unwahrscheinlich, dass noch vor den Wahlen die notwendigen Korrekturen an dem Gesetz vorgenommen werden. Ohne die *Ley 3058* jedoch kann auch die Verstaatlichung der YPFB nicht vorangetrieben werden. Diese wird darüber hinaus noch von anderen Problemen behindert: Der Staat hat nicht die nötigen Mittel, um die Renationalisierung durchzuführen – es fehlen über 24 Mio. Dollar. Diese Tatsache war bereits vor der Verabschiedung des Gesetzes bekannt und einer der Gründe, warum Mesa sich Anfang des Jahres der Unterzeichnung des Gesetzes verweigerte. Darüber hinaus sind

die Departamentos untereinander zerstritten, wer welchen Posten im Board einer verstaatlichten YPFB besetzen darf. Hier wird der neue Präsident eine zwischen den Interessen der Departamentos ausgleichende Rolle übernehmen müssen. Dies erscheint insofern zumindest zweifelhaft, als dass die wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Konfliktlinien eng mit regionalen Interessen und Identitäten verknüpft sind. Die Departamentos Santa Cruz und Tarija im östlichen Tiefland verfügen über beinahe 97% der Gasreserven des Landes und erwirtschaften, obwohl sie nur 30% der Bevölkerung Boliviens stellen, den Großteil des nationalen Einkommens. Diese beiden Departamentos beklagen sich, die nationale politische Agenda orientiere sich an den Bedürfnissen des armen Altiplano und fordern mehr weltwirtschaftliche Integration und wirtschaftsfreundliche Reformen. Darüber hinaus verfolgen sie das Ziel einer größeren Autonomie (wobei auch immer wieder eine Abspaltung von Bolivien angedroht wird), um ihre wirtschaftliche wie soziale Entwicklung von der des Altiplano abzukoppeln. Die Konfliktlinien „arme Unterschicht – reiche Elite“ und „indigen – weiß“ können geografisch weitgehend als „westliches Hochland versus östliches Tiefland“ identifiziert werden. Ob es dem neuen Präsidenten gelingt, zwischen diesen beiden Polen auszugleichen (nicht nur im Fall der YPFB), muss angesichts der polarisierenden Diskurse der Kandidaten im Vorfeld der Wahl zumindest zweifelhaft erscheinen.

Festzuhalten bleibt, dass Bolivien im Augenblick nicht auf dem Weg hin zu einer effizienteren und gerechteren Verwaltung seiner natürlichen Ressourcen ist, sondern ein legales Übergangsstadium geschaffen hat, das noch eine Weile anzuhalten droht. Ob das Parlament zu einer zügigen Revision der Vorlage fähig ist, bleibt abzuwarten. Exemplarisch für die sich in parteipolitischen Grabenkämpfen jeglicher Kooperation verweigernden Akteure ist die Reaktion des Präsidenten der Kommission für wirtschaftliche Entwicklung, Ramírez (MAS): Er vermutet hinter der Rücküberweisung des Gesetzes durch Präsident Rodríguez eine Verzögerungstaktik und drohte öffentlich an, rechtlich Schritte gegen ihn zu prüfen.

Die Asamblea Constituyente: Von Erwartungen überfrachtet und kaum zeitnah zu realisieren

Die Forderung nach einer Verfassunggebenden Versammlung (*Asamblea Constituyente*), die ursprünglich als Instrument einer ausgewogeneren

politischen Beteiligung der Bevölkerung dienen sollte, hat mittlerweile eine Entwicklung hinter sich, die exemplarisch einige Charakteristika der Funktionslogik des politischen Diskurses in Bolivien aufzeigt.

Die Einrichtung einer Verfassunggebenden Versammlung war ursprünglich eine Forderung des Volkes, die von verschiedenen sozialen Bewegungen auf die politische Agenda gebracht wurde. In ihrer Entstehung ist die Forderung nach einer *Asamblea Constituyente* eng mit den sozialen Protesten der letzten fünf Jahre verbunden. Die Tatsache, dass die politischen Parteien diese Forderung erst relativ spät in ihre Programmatik einbezogen haben, zeigt zum einen, dass die sozialen Bewegungen, die *Movimientos Sociales*, vielfach die Parteien als Artikulationsmechanismus des Volkes abgelöst haben und erfolgreicher als diese bei der Bestimmung der politischen Agenda agierten. Zum anderen lässt diese Entwicklung deutlich werden, dass die Parteien nicht nur viel Vertrauen verloren haben, sondern auch träge auf veränderte Bedürfnisse des Volkes reagieren. Anfänglich nutzten die traditionellen Parteien die Forderung nach einer *Asamblea Constituyente* eher widerwillig (stellt deren Einberufung doch prinzipiell eine Gefahr für die etablierten Machtverhältnisse dar) und vor allem dann, wenn sie sich des Rückhalts bei den sozialen Bewegungen versichern wollten.

Ein grundsätzliches Charakteristikum der Forderung nach einer *Asamblea Constituyente* besteht darin, dass sie sich relativ schnell als ein Motiv herausgestellt hatte, unter dem sich verschiedene, zum Teil sehr unterschiedliche soziale Bewegungen versammeln konnten. Primär lebte die Einforderung von mehr Volksbeteiligung am politischen Prozess vor allem aus der Konfrontation des „Wir“ (d.h. die sozialen Bewegungen, das Volk), gegen „Die“ (die der sozialen Realität entfremdeten Politiker). Die Einforderung einer Verfassunggebenden Versammlung krankt bis heute jedoch daran, dass sie weitgehend inhaltsleer ist und oft als Allheilmittel für die verschiedenen (v.a. wirtschaftlichen) Leiden des Landes verstanden wird. Diese hoffnungslose Überfrachtung mit Erwartungen stellt für den künftigen Präsidenten Boliviens eine Gefahr dar, die angesichts der Konfliktbereitschaft der sozialen Bewegungen nicht unterschätzt werden darf. Ein großes Problem besteht bereits darin, dass der anvisierte Zeitplan für die Einsetzung der *Asamblea Constituyente* nicht eingehalten werden kann, wenn diese gut vorbereitet werden soll. Doch wird der Präsident eine Verschiebung gegenüber dem Volk kaum rechtfertigen können.

Das Verhältnis zwischen Politikern und Volk ist in Bolivien mittlerweile von einer destruktiven Logik geprägt, die kaum noch langfristige Entscheidungen erlaubt: Um regieren zu können und Straßenblockaden zu verhindern, werden schnelle Lösungen versprochen, die in kurzer Zeit jedoch nicht zu verwirklichen sind. Bleiben jedoch die positiven Ergebnisse der Politik aus, wird dies nicht selten von der Opposition wie auch von den sozialen Bewegungen als mangelnder politischer Wille und (wieder einmal) Betrug am Volk gebranntmarkt und mit Blockaden beantwortet. Gerade im Fall der *Asamblea Constituyente* ist eine solche Entwicklung zu befürchten, wird für sie doch ein viel zu ambitionierter Zeitplan veranschlagt. Die politischen Überlebenschancen des neuen Präsidenten werden maßgeblich davon abhängen, wie er mit diesem Dilemma umgeht.

Die unvollendete Ley INRA

Das Gesetz zur Boden- und Agrarreform soll im Wesentlichen die krasse Ungleichverteilung von Land, wie sie eingangs bereits angesprochen wurde, abmildern. Erklärtes Ziel ist es, Grundbesitz ab einer bestimmten Größe sozialverträglich umzuverteilen, wenn dieser nicht produktiv genutzt wird. Die Reform von 1996, die ursprünglich auf zehn Jahre Laufzeit angelegt war, konnte bis heute jedoch nur 30% des in Frage kommenden Landes umverteilen. Die Umverteilung von weiteren 19% ist bereits in die Wege geleitet. Dennoch herrscht bei den besitzlosen Bauern Unzufriedenheit darüber, dass der Prozess nur schleppend voran geht. Auch wenn es in diesem Zusammenhang bisher noch nicht viel Protest gab, so deuten erste Landbesetzungen des *Movimiento sin Tierra* bereits darauf hin, dass dies eines der Themen ist, die der neue Präsident prioritär behandeln muss, will er nicht einen neuen Konflikt mit der Bevölkerung aufbrechen lassen.

Die wirtschaftspolitische Agenda

Bolivianische Politik ist seit jeher zu einem großen Teil von Symbolik geprägt, die dazu dient, in einer sozioethnisch fragmentierten Gesellschaft historische Gemeinsamkeiten zu betonen, die eine patriotische Identifikation unter einem gemeinsamen Dach ermöglichen. Ex-Präsident Carlos Mesa hat solche nationalhistorischen Symbole meisterhaft für seine Politik zu instrumentalisieren verstanden. Aber auch sein Nachfolger Rodríguez, der sich immer nur als Interimsverwalter des Landes, nicht als Politiker verstand, betreibt diese symbolische Politik, wie z.B. die Verhandlungen mit Chile über eine Rückgabe der

vor 120 Jahren im Krieg verlorenen Pazifikküste. Neben dem Historismus ist in den letzten 20 Jahren ein neues Thema aufgekommen, dem in der bolivianischen Politik herausragende Symbolkraft zukommt und das nicht unwesentlich zur Wahlentscheidung des Volkes beitragen wird: die wirtschaftspolitische Ordnungsvorstellung des neuen Präsidenten. Die wichtigsten Fragen sind in diesem Zusammenhang, ob man die nationale Wirtschaft stärker vom Weltmarkt abschotten sollte oder mehr internationale Integration erstrebenswert sei. Auch die Rolle privater Investoren auf dem Rohstoffmarkt sowie bei der Bereitstellung öffentlicher Dienste ist heiß umstritten.

Die Symbolkraft dieser Themen wird aus dem protektionistischen Diskurs der sozialen Bewegungen des linken Spektrums deutlich: Mehr internationale Integration Boliviens, etwa ein Beitritt zur gesamtamerikanischen Freihandelszone FTAA (*Free Trade Area of the Americas*), oder zum *Andean Free Trade Agreement* (der USA mit Kolumbien, Peru, Ecuador und evtl. Bolivien) werden als Aufgabe nationaler Souveränität gesehen und vehement abgelehnt. Dabei entwickeln die sozialen Bewegungen antiimperialistische Reflexe der Art, wie sie sonst nur von Hugo Chávez in Venezuela bekannt sind. Die Ablehnung von mehr wirtschaftlicher Integration mit den USA entbehrt größtenteils jeglicher ökonomischer Grundlage, denn die Unterstellung einer kapitalistischen Durchdringung Boliviens durch die Vereinigten Staaten ignoriert die Tatsache, dass die USA bereits seit Jahren der viertgrößte Exportmarkt (nach Brasilien, Kolumbien und Großbritannien) für bolivianische Produkte sind. Dass die Debatte um die internationale wirtschaftliche Integration Boliviens sich weniger entlang der wirtschaftlichen als vielmehr der ideologischen Bruchlinien der Gesellschaft orientiert, lässt sich allein schon daran ablesen, dass eine größere regionale Integration mit anderen andinen Ländern oder dem Mercosur in der Öffentlichkeit kaum kontrovers diskutiert wird. Die Diskussion um die internationale Integration dreht sich dementsprechend auch nur vordergründig um die Bedeutung für die Wirtschaft Boliviens. Die Leit motive der Integrationsgegner sind vielmehr die Angst vor der Macht ausländischer Investoren, vor Gewinnabfluss, vor dem Verlust von Souveränität. Diese Ängste sind vor dem Hintergrund der Geschichte des Landes verständlich und deswegen sind sie auch mit einem so hohen Symbolwert besetzt. Diese Symbolik schränkt jedoch die Handlungs- und Argumentationsfähigkeit der Präsidentschaftskandidaten enorm ein: Sie können nur schlecht darauf

verweisen, dass es sinnvoller ist, an der Aushandlung von Abkommen gestaltend teilzunehmen als ihr fernzubleiben und sich letztlich doch den Bedingungen unterwerfen zu müssen. Das Argument, geringer Einfluss im Verhandlungsprozess sei besser als überhaupt keiner, würde von den sozialen Bewegungen und den politischen Gegnern sofort als die Aufgabe nationaler Interessen gebrandmarkt. Auch die Tatsache, dass beispielsweise im FTAA-Prozess alle Entscheidungen nur im Konsens gefasst werden können, eine Teilnahme Boliviens also auch die Möglichkeit bietet, nationale Interessen durchzusetzen, wird als Argument nicht anerkannt. Das Potenzial, Wahlen zu gewinnen, liegt vielmehr in der Ablehnung stärkerer wirtschaftlicher Integration mit nicht lateinamerikanischen Industrieländern. Hierin liegt die Gefahr, dass ein Präsidentschaftskandidat, der derart seine Agenda definiert, sie als Präsident nicht einhalten kann.

Die ideologischen Alternativen für die außenwirtschaftlichen Beziehungen sind auch eng mit den binnenwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen der Akteure verbunden. Diejenigen, die gegen ein stärkeres internationales Engagement des Staates sind, fordern in den meisten Fällen auch die Renationalisierung vieler der im Rahmen der von Weltbank und IWF geforderten Strukturanpassungen v.a. von der ersten Regierung Sánchez de Lozada privatisierten Staatsunternehmen. Dass dies in vielen Fällen wirtschaftlich nicht sinnvoll und außerdem äußerst fraglich ist, ob damit Arbeitsplätze erhalten werden können oder sich das Wirtschaftswachstum erhöht, zeigt nicht zuletzt der schwierige Prozess rund um die YPFB. Ein weiteres Problem, das bei einer Rückkehr zu Verstaatlichung oft auftritt, ist Ineffizienz, hervorgerufen durch Korruption und Klientelismus (ein aktuelles Beispiel hierfür ist etwa die SEMAPA, die Wasserversorgungsgesellschaft von Cochabamba, deren Privatisierung 2000 erfolgreich verhindert worden ist).

Die Präsidentschaftskandidaten und ihre Vorschläge

Jede Partei, die sich zur Wahl stellt, hat das Recht, einen Präsidentschaftskandidaten vorzuschlagen. Von den vielen verschiedenen Kandidaten werden jedoch seit Monaten in allen Umfragen nur dreien eine Chance eingeräumt: Evo Morales (MAS), Jorge Tuto Quiroga (Podemos) und Samuel Doria Medina (UN). Morales werden die besten Chancen eingeräumt, die Wahlen zu gewinnen. Je nach Umfrage werden für ihn zwischen 33 und 42% der Stimmen prognostiziert.

Tuto Quiroga kommt knapp hinter ihm mit prognostizierten 27 bis 34%. Medina, dem keine Chancen eingeräumt werden, die Wahl selbst zu gewinnen, erhält zwischen 14 und 18%.

Evo Morales und das Programm des MAS (*Movimiento al Socialismo*)

Nachdem der MAS in den Wahlen von 2002 die zweitstärkste Kraft geworden war, hat er sich seitdem in verschiedenen Rollen im parlamentarisch-institutionellen Spiel etabliert. Dabei nahm die Partei, die öffentlich v.a. in der Person von Evo Morales wahrgenommen wird, verschiedene Rollen ein – von der Fundamentalopposition bis hin zur Stütze des Präsidenten. Trotz dieser Entwicklung hat der MAS den großen Vorteil, als Bewegungspartei nicht als Teil der traditionellen politischen Elite wahrgenommen zu werden. Die Werte, die in der öffentlichen Wahrnehmung mit den traditionellen Parteien verbunden werden, sind v.a. negativ: Sie werden als korrupte Vertreter einer weißen Elite angesehen, die sich für Partikularinteressen einsetzen, nicht aber gesamtgesellschaftliche Interessen verfolgen. Dennoch kann sich auch der MAS nicht den typischen Problemen bolivianischer politischer Kultur entziehen: Seine innere Verfasstheit und die Festlegung politischer Leitlinien sind von antidemokratischen Strukturen und von Caudillismo gekennzeichnet. Die Partei ist in erster Linie als Wahlkampfmaschine konzipiert, mit dem Ziel, Evo Morales die Präsidentschaft zu ermöglichen.

Verschiedentlich ist die Entwicklung des MAS mit der des PT (*Partido dos Trabalhadores*) in Brasilien verglichen worden. Wenn es auch viele Unterschiede gibt, so lässt sich doch zumindest die Gemeinsamkeit entdecken, dass der MAS viel von seiner Radikalität, mit der er sich im ideologischen Spektrum zu positionieren versucht, bereits eingebüßt hat und noch weiter einbüßen wird, wenn er Regierungsfähigkeit beweisen möchte. Morales versucht im Augenblick einen Spagat zwischen radikal linker Veränderungsrhetorik und Realismus, der ihn auch für die (weiße wie indigene) Mittelschicht wählbar und international akzeptabel macht. Dies zeigt exemplarisch die Wahl seines Vizepräsidentenskandidaten: Er berief mit Álvaro Garía Linera einen weißen Akademiker, der mit einer der wichtigsten und angesehensten Stimmen im politikwissenschaftlich-soziologischen Diskurs in Bolivien darstellt. Damit wird eindeutig die weiße Mittelschicht angesprochen. Gleichzeitig ist Linera auch für die Kernwählerschaft von Morales akzeptabel, da er lange Jahre des bewaffneten Widerstands in der

Guerilla (zusammen mit indigenen Kämpfern) hinter sich hat und sich selbst als Marxist bezeichnet. Auch im Wahlkampf erkennt man den Spagat, den Morales zu vollbringen versucht. Er appelliert mit einem romantisch-historisierenden Dialog an die indigene Bevölkerung und verspricht, deren Interessen zu wahren. Dabei schreckt er nicht vor rassistischen Tönen zurück, indem er verspricht, diesmal würden die amerikanische Botschaft, die transnationalen Unternehmen und die „k'aras“ (die Weißen) den Indígenas nicht mehr den Wahlsieg stehlen. Auch betont er, dass er in der Tradition von Túpac Katari (indigener Führer, der vor 234 Jahren beim Aufstand gegen die Spanier ums Leben kam) stehe. Auf der anderen Seite versucht Morales, diesen rassistisch-polarisierenden Diskurs zu entschärfen, indem er warnt, er könne als Präsident nicht die gesamte Politik radikal ändern und die internationalen Rahmenbedingungen missachten.

Im Rahmen einer Allparteien-Befragung im Vorfeld der Wahl (*Campaña Nacional de Educación Ciudadana*) gab Morales an, er sehe einen starken Staat und große Staatsbetriebe als die zentralen Akteure einer wirtschaftlichen Entwicklung Boliviens. Ausländische Investitionen (FDI – *Foreign Direct Investment*) würden durch nationale Wirtschaftsstrategien entschieden und müssten sich den Zielsetzungen nationaler Entwicklung unterordnen. Damit schlägt Morales einen Kurs ein, der letztlich bereits von Carlos Mesa begonnen wurde, allerdings kaum in der angestrebten Reinform zu verwirklichen sein dürfte. Bereits jetzt wird beispielsweise deutlich, dass die Umwandlung bestehender Verträge mit internationalen Unternehmen oft langwierige Prozesse vor dem *International Court for the Settlement of Investment Disputes* bei der Weltbank mit nicht absehbaren Kompensationszahlungen bedeuten würde. Auch wenn Morales in seinen Wahlkampfauftritten kaum das Thema Korruption anschnidet, so findet sich dieser Punkt im Wahlprogramm des MAS wieder. Morales schlägt darin vor, per Referendum über ein Gesetz abstimmen zu lassen, dass rückwirkend für die letzten 20 Jahre politische Korruption aufdecken und bestrafen soll. Den Staat, wie er im Augenblick existiert, beschreibt das Programm des MAS als „neoliberal, exklusiv, diskriminierend und kolonial“. Um diesen Zustand zu überwinden, setzt Morales auf die *Asamblea Constituyente*. Gleichzeitig scheint die *Asamblea* für Morales auch ein wirtschaftspolitisches Instrument darzustellen, soll sie doch dazu dienen, wieder die effektive Verfügungsgewalt des Staates über die Bodenschätze zu erhalten. Protektio-

nistische Töne schlägt der MAS ebenfalls an, wenn es um die Fortführung der Landreform im Rahmen der *Ley INRA* geht: Diese soll ohne Änderungen fortgeführt werden, damit nationale „Ernährungssouveränität“ sichergestellt werden könne. Insgesamt sieht Morales viele Lösungen für die Krise, die Bolivien durchlebt, in einer Stärkung der Rolle des Staates. Damit unterwirft er sich gleichzeitig strukturellen Handlungsbeschränkungen, die er in Wahlkampfauftritten oft

bestreitet, wie etwa die Notwendigkeit von FDI in Bolivien oder die Rolle der internationalen Kooperation. Dies kann jedoch dem Wahlkampf und einer damit einhergehenden notwendigen (wenn auch nicht verantwortlichen) Vereinfachung der Argumentation zugeschrieben werden. Insgesamt steht ein Präsident Morales für mehr Kontinuität als für radikale Abkehr von der Politik seiner Vorgänger.

Evo Morales, MAS (*Movimiento al Socialismo*)

Geboren 1959 im Departamento Oruro. Morales gehört den Aymara an. Er gilt als der Anführer der Kokabauern. Seit 1997 gehört er dem Kongress an (damals als Repräsentant der Regionen Chapare und Carrasco de Cochabamba gewählt). Morales ist der Parteivorsitzende des 1987 gegründeten *Movimiento al Socialismo*. Morales profiliert sich als der politische Vertreter der Indígenas Boliviens, v.a. der Aymaras und Quechuas. Sein erklärtes politisches Projekt ist die Legalisierung der Kokapflanze, auch wenn dies mittlerweile mehr seiner politischen Herkunft und Stammwählerschaft geschuldet ist, als dass es noch ein wirkliches politisches Ziel darstellt. Während des Wahlkampfes gab es immer wieder Vermutungen von den USA wie auch von Jorge Quiroga, Morales werde (u.a. finanziell) von Hugo Chávez gefördert, mit dem ihn ähnliche politische Visionen und eine enge Freundschaft verbinden.

Tuto Quiroga und das Programm des Podemos (*Poder Democrático y Social*)

Jorge Tuto Quiroga versucht sich v.a. im Gegensatz zu Evo Morales als der Kandidat zu profilieren, der bereits über Regierungserfahrung verfügt. Dabei hält er sich propagandistisch zugute, inmitten einer schweren weltwirtschaftlichen Krise mit „mehr Staat“ und nicht „mehr Markt“ reagiert zu haben. Er grenzt sich damit betont von Gonzalo Sánchez de Lozada ab, der zum Symbol für den verhassten Neoliberalismus in Bolivien geworden ist. Quiroga vermittelt, wieder die harte Hand des Staates walten zu lassen, sowie mehr Demokratie und Rechtssicherheit etablieren zu wollen. Hier soll ein impliziter Gegensatz zu Evo Morales geschaffen werden, und Quiroga versucht sich vor allem als Alternative für eine von jahrelangen Protesten ermüdete und verunsicherte weiße Mittelschicht zu positionieren. Während Morales den Druck der Straße legitim nennt, will Quiroga eine harte Hand walten lassen, um wieder für öffentliche Ordnung zu sorgen. Dies bezieht sich nach Quirogas Darstellung nicht nur auf die öffentliche Sicherheit, sondern auch den Staat: Er will Korruption und Straffreiheit bekämpfen. In diesem Zusammenhang kann man auch die Nominierung seiner Vizepräsidentenskandidatin María René Duchén sehen: Duchén, eine in den USA ausgebildete Journalistin, die auch als Beraterin u.a. von Coca Cola gearbeitet hat, soll Politik wieder inklusiver wer-

den lassen und nach den Worten Quirogas die staatlichen Institutionen wieder stärker für das Volk öffnen.

Was die außenwirtschaftlichen Vorstellungen betrifft, schlägt Quiroga mehr regionale wirtschaftliche Integration sowohl mit den Vereinigten Staaten als auch mit Südamerika vor. Teil dieses Plans ist, und hier trägt er dem Symbolgehalt bolivianischer Politik Rechnung, der souveräne Zugang Boliviens zum Meer.

Wie Morales schlägt auch Quiroga eine Nationalisierung des Gas vor. Dies ist nicht unbedingt seiner genuinen Politikvorstellung geschuldet, sondern letztlich der Anbiederung an die populäre Forderung der Nationalisierung aus wahltaktischen Gründen.

Insgesamt ist das Wahlprogramm von Tuto Quiroga eine Mischung aus bewährten Elementen der Vergangenheit mit traditionellen Themen einer weißen Mittelschicht (wirtschaftliche Integration, Rechtssicherheit) und neuen Elementen, über die weitgehender gesamtgesellschaftlicher Konsens besteht (*Asamblea Constituyente*, Nationalisierung des Gas) verbindet. Quiroga stellt sich als eine Alternative zu Evo Morales dar, der aus den Fehlern von Sánchez de Lozada gelernt hat. Diese Strategie scheint zumindest bei den Wählern der traditionellen Parteien aufzugehen. Die meisten Stimmen derer, die in den Wahlen 2002 die traditionellen Parteien (also im Wesentlichen MNR, ADN, NFR, MIR) gewählt haben,

werden den Umfragen zufolge dieses Mal Podemos zufallen. Auch wird Quiroga die meisten Stimmen wohl in den Departamentos Tarija und Santa Cruz einfahren, in denen die weiße Mittel-

schicht besonders stark vertreten ist, weil diese befürchtet, ein Präsident Morales könnte für sie wirtschaftliche Nachteile bedeuten.

Jorge Tuto Quiroga, Podemos (*Poder Democrático y social*)

Geboren 1960 in Cochabamba. Quiroga studierte in den USA Betriebswirtschaft. Er begann seine politische Karriere als Berater im Außenministerium. 1997 wurde er Vizepräsident unter Präsident Banzer, den er 2001 ersetzte, weil Banzer wegen eines Krebsleidens zurücktrat. Bis 2002 war Quiroga Präsident. Anschließend zog er sich in die USA zurück und kehrte erst 2004 nach Bolivien zurück. Quiroga hat in seiner politischen Karriere einen beispiellosen *Transfugismo Político* mit dem damit einhergehenden Opportunismus zur Schau gestellt, indem er sich mehr an der Erlangung politischer Ämter als an programmatischen Prinzipien orientierte: Nach seiner Mitgliedschaft in der ADN (*Acción Democrática Nacionalista*), gründete Quiroga 2004 die Bürgerschaftsvereinigung (*Agrupación Ciudadana*) *Allianza Siglo XXI*. 2005 gründete er schließlich Podemos, eine Partei, die in erster Linie als Wahlkampfmaschine denn als eigenständige, langlebige Kraft im politischen Spektrum Boliviens angesehen werden muss.

Samuel Doria Medina und das Programm der UN (*Unidad Nacional*)

Auch wenn ihm keine realen Chancen eingeräumt werden die Wahlen zu gewinnen, so ist die Rolle von Doria Medina doch nicht zu unterschätzen, könnte seine Partei doch letztlich darüber entscheiden, wer Präsident wird. Sollten weder Morales noch Quiroga bei den Wahlen eine absolute Mehrheit bekommen, entscheidet anschließend der Kongress zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Dabei könnte sich die UN als Königsmacher entpuppen.

Auch wenn das Programm der UN eher dem von Podemos ähnelt und Doria Medina tendenziell stärker die weiße Mittelschicht anspricht (nicht zuletzt deutlich in der Wahl seines Vizepräsidentenskandidaten, der Vorsteher des *Comité Cívico Pro Santa Cruz* war), sieht er nach eigenen Angaben mehr Gemeinsamkeiten mit Evo Morales als Tuto Quiroga. Quiroga wirft er vor, durch seinen langen Aufenthalt in den USA nach seiner Präsidentschaft die bolivianische Realität nicht wirklich zu kennen. Morales hingegen halte sich nicht immer an die demokratischen Spielregeln, was Medina verurteilt.

Doria Medina versucht, sich weniger als Politiker mit Visionen für Bolivien zu profilieren als vielmehr als gewissenhafter Verwalter des Landes. Dabei profiliert er sich gegenüber seinen beiden Mitbewerbern, indem er sich als weniger polarisierend darstellt. Während Morales kaum als Präsident für das östliche Tiefland vorstellbar

sei, könne man sich Quiroga nicht auf dem Altiplano vorstellen. Er hingegen sei als Unternehmer mit allen Regionen Boliviens eng verbunden.

In der Tat zeichnen sich die Wahlkampfdokumente von Doria Medina durch einen sehr sachlichen Ton aus, und er traut sich, Positionen zu vertreten, mit denen er im Grunde seine Siegchancen verschlechtert. So tritt er, anders als Morales und Quiroga, nicht für eine Nationalisierung des Gas ein, sondern schlägt eine Ausbeutung der Reserven durch private ausländische Firmen zusammen mit einer stärkeren Marktregulierung durch die YPFB vor. Auch in Bezug auf die *Asamblea Constituyente* warnt Doria Medina, diese könne unmöglich alle Erwartungen erfüllen, die an sie gestellt würden. Bezüglich der weltwirtschaftlichen Integration Boliviens setzt Doria Medina auf deutliche Verbesserungen der Investitionsbedingungen für ausländisches Kapital in Bolivien. Dieses, so Doria Medina, brauche man auf jeden Fall, da der Staat nicht aus eigener Kraft genügend Wirtschaftswachstum generieren könne, um die Armut zu überwinden. Er setzt sich auch für eine stärkere Integration mit den Vereinigten Staaten ein sowie für eine (energiepolitisch definierte) Schlüsselrolle Boliviens im Konzert mit den südamerikanischen Nachbarn. Aber auch Doria Medina kann sich nicht von nationalhistorischen Symbolen freimachen und fordert einen souveränen Pazifikzugang Boliviens, auch wenn dieses Ziel nur sehr langsam erreicht werden könne.

Samuel Doria Medina Auza, UN (*Unidad Nacional*)

Geboren 1958 in La Paz. Doria Medina studierte in Bolivien und England. 1984 trat er dem MIR (*Movimiento de la Izquierda Revolucionaria*) bei. 1991 wurde er Planungsminister. 1997 wurde er zum Vizepräsidenten des MIR gewählt. 2004 überwarf er sich mit dem MIR, da er die interne demokratische Verfasstheit der Partei für nicht ausreichend hielt, und gründete daraufhin die UN. Doria Medina ist Präsident von SOBOCE, der größten Zementfirma Boliviens, sowie von Burger King Bolivien. Von sich selber behauptet er, der integrativste Präsidentschaftskandidat zu sein, da er als Unternehmer alle Regionen Boliviens gleichermaßen kennen gelernt habe und ihre Eigenarten verstehe.

Zukunftsperspektiven nach der Wahl

Der wahrscheinlichste Ausgang der Wahl dürfte ein Sieg von Evo Morales sein. Von Bedeutung ist jedoch, wie viel Prozentpunkte Vorsprung er vor Jorge Quiroga haben wird. Selbst wenn sich mittlerweile (auch international) die Stimmen mehren, man müsse Morales eine Chance als Präsident geben, so lässt sich doch ein Unwille von Seiten der im Kongress versammelten Parteien erkennen, ihn zum Präsidenten zu küren. (Erhält ein Kandidat nicht mindestens 50% der Stimmen des Volkes – und dies ist seit der Demokratisierung 1982 noch nie geschehen – so entscheidet der Kongress zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl.)

Die Stabilität Boliviens könnte gefährdet sein, wenn Morales zwar die meisten Stimmen des Volkes erhält, aber nicht vom Kongress gekürt wird. Zwar gab es in den letzten 20 Jahren der Demokratie genügend Fälle, in denen „Wahlsieger“ nicht zum Präsidenten gekürt wurden, ohne dass dies jemals zu öffentlicher Aufruhr geführt hätte. Dieses Mal muss man jedoch davon ausgehen, dass bestimmte Gruppierungen in der Bevölkerung nach zwei erzwungenen Präsidentenrücktritten und einem Interimspräsidenten nicht mehr gewillt sind, solche mittlerweile als „*Politiquería*“ verrufenen Verhaltensweisen hinzunehmen. Das Erstarken der sozialen Bewegungen in den letzten Jahren und deren Macht, die politischen Institutionen zu paralisieren, hat ihnen ein neues Selbstbewusstsein verliehen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass nach einem Wahlsieg Morales' am 18. Dezember verschiedene *Movimientos Sociales* und MAS-Anhänger auf die Straße gehen und massiven Druck auf den Kongress ausüben werden, um diesen zu zwingen, ihn am vorgesehenen Stichtag (23. Januar 2006) zum Präsidenten zu wählen. Sollte dies nicht geschehen, hat Morales bereits angekündigt, mit Hilfe des sozialen Drucks des Volkes die Präsidentschaft zu erlangen. Dies darf man nicht gänzlich als Wahlkampfrhetorik abtun, vielmehr gilt es zu berücksichtigen, dass Morales

die sozialen Bewegungen für seine politischen Ziele zu instrumentalisieren weiß. Im schlimmsten Fall wird (Morales' Wahlsieg vorausgesetzt) ein legales aber nicht legitimes Verhalten des Kongresses, wenn sie ihn nicht zum Präsidenten wählen, zu massiven Demonstrationen und Blockaden in La Paz führen.

Eine solche Krise ist umso wahrscheinlicher, je größer der Stimmenvorsprung von Morales vor Quiroga nach dem 18. Dezember ist. Je knapper jedoch ein Vorsprung von Morales ausfällt, umso mehr Legitimität käme auch einer Nichtwahl von ihm durch den Kongress zu. Dass Morales und der MAS nicht als Erstplatzierte aus der Wahl hervorgehen werden, erscheint im Augenblick als unwahrscheinlich.

Unter diesen Bedingungen wird viel vom Verhalten Quirogas und Doria Medinas abhängen: Beide könnten als Juniorpartner eine Koalition mit dem MAS anstreben. Im Falle Quirogas ist seine Bereitschaft zu einer solchen Koalition insofern schwer einzuschätzen, als dass er sich immer dann als besonders flexibel erwiesen hat, wenn es darum ging, die eigene Teilnahme an der Macht zu sichern. Zunächst einmal wird er versuchen, seine eigene Wahl als Präsident durch den Kongress zu sichern, wenn er die nötige Koalition dafür zustande bringt. Sollte ihm dies nicht gelingen, ist davon auszugehen, dass er sich auf eine Koalition mit dem MAS einlässt und versucht sich einen einflussreichen Ministerposten zu sichern. Rückblickend betrachtet legt Quiroga wenig Wert auf die Schärfung seines politischen Profils (u.a. ist dies deutlich geworden durch seinen Verzicht auf eine Rolle in der Opposition nach dem Ende seiner Präsidentschaft und der Abwanderung in die USA). Er verfolgt also keine langfristige Strategie, im Rahmen derer es für ihn lohnender wäre, 2005 die Oppositionsrolle zu bevorzugen und dafür 2009 erneut als Kandidat um die Präsidentschaft ins Rennen zu gehen.

Ungleich wichtiger als die Rolle Quirogas wird jedoch sein, wie sich Doria Medina verhält. Auch wenn es nicht gänzlich zu verwerfen ist, dass er

möglicherweise zum Präsidenten gekürt wird, so ist doch die wahrscheinlichste Möglichkeit, dass er sich letztlich in der Rolle des Königsmachers wieder findet. Doria Medina hat zwar immer wieder festgestellt, dass er mehr Gemeinsamkeiten zwischen sich und Morales entdeckt als mit Tuto Quiroga, gleichzeitig kritisiert er diesen aber auch sehr für sein, wie er sagt, undemokratisches Verhalten, wenn er den außerparlamentarischen Raum zur Politikgestaltung vorzieht (wie im Fall des Rücktritts von Mesa). Seine Partei (UN) scheint insofern als Koalitionspartner für den MAS geeignet, als dass sie keinen Wahlkampf geführt hat, bei dem sie sich als Alternative für all diejenigen präsentiert hat, die den MAS verhindern wollen. Doria Medina stellte pragmatische Problemlösungsansätze in den Vordergrund seiner Wahlkampfrhetorik, die sich an Sachzwängen orientieren, nicht jedoch an ideologischen Verortungen.

Sollte Morales in die Situation kommen, eine Stimmenmehrheit im Kongress beschaffen zu müssen, so erscheint eine Koalitionsbildung mit Doria Medina wahrscheinlicher als mit Quiroga: Doria Medina hat politisch kein ausgeprägtes Profil und wird nicht als Vertreter der traditionellen Parteien wahrgenommen (obwohl er Anfang der 90er Jahre Planungsminister in der Regierung Paz Zamora war). Auch würde er (ähnlich wie García Linera) eine Präsidentschaft von Morales insofern gut ergänzen, als dass er ein ideologi-

sches Gegengewicht zu Morales darstellen würde. Eine Koalition mit der UN könnte der MAS vor den eigenen Anhängern mit dem Zwang, die Regierungsfähigkeit sichern zu müssen, rechtfertigen. Gleichzeitig würde einer Regierung Morales zusammen mit der UN sicher mehr Vertrauen von Seiten der USA und internationaler Geber entgegengebracht, da Morales gleichsam ideologisch eingehengt wäre.

Die Wochen nach der Wahl werden also insofern spannend, als dass eine neue Regierung gebildet werden muss, die seit zwei Jahren und drei gescheiterten Präsidenten die erste regulär vom Volk gewählte ist. Weit weniger spannend ist dagegen die Frage, wie sich die Politik des Landes entwickeln wird – hier sind die Grenzen so eng gesteckt, dass auch ein möglicher Präsident Morales keine abrupte Kehrtwendung wird einleiten können.

Die für die Entwicklung und Armutsreduzierung des Landes wesentlichen Rahmenbedingungen sind nur in Abstimmung mit der internationalen Gebergemeinschaft (allen voran Weltbank und IWF) zu ändern. Die Tatsache, dass 10% des BIP Boliviens (50% des Staatshaushaltes/ 70% der Sozialausgaben) aus Mitteln der internationalen EZ bestehen (siehe Abb. 1), schränkt den Gestaltungsspielraum des Präsidenten ein (dies wird beispielsweise an den Vereinbarungen deutlich, die Bolivien mit dem IWF getroffen hat).

Abbildung 1: Offizielle Entwicklungshilfeszahlungen (ODA – Official Development Assistance) in Bolivien

Receipts	2001	2002	2003
Net ODA (USD million)	735	681	930
Bilateral share (gross ODA)	70%	76%	60%
Net ODA / GHI	9.4%	9.0%	12.0%
Net Private flows (USD million)	226	- 290	30

For reference	2001	2002	2003
Population (million)	8.6	8.8	9.0
GHI per capita (Atlas USD)	950	910	890

Top Ten Donors of gross ODA (2002-03 average)		(USD m)
1	Germany	212
2	United States	204
3	IDB SPEC. OPER. FUND	146
4	IDA	134
5	Spain	69
6	Netherlands	56
7	EC	48
8	Japan	38
9	Denmark	30
10	France	30

Quelle: OECD.

Diese Beschränkungen des Gestaltungsspielraums des Präsidenten stellen vor allem für Evo Morales ein Problem dar, da er internationale Interessen (wie sie schließlich auch von den Gebern vertreten werden) meist als den boliviani-

schen nationalen Interessen entgegenstehend definiert und im Wahlkampf eine Rhetorik nationaler Autonomie pflegt. Auch wenn klar ist, dass Morales nicht die großen Geber (nicht zuletzt die USA) verprellen kann, so wird er hier doch Ver-

mittlungsschwierigkeiten gegenüber seinen Anhängern haben. Gleichzeitig hat jedoch Morales bereits mehr als einmal bewiesen, dass er durchaus bereit ist, politische Verantwortung für Bolivien zu übernehmen, auch wenn dies gegen die erklärte Politik seiner Partei verstößt.

Möglicherweise liegt genau hierin die Chance eines indigenen Präsidenten: Schafft es Morales, im eng gesteckten Rahmen präsidentieller Gestaltungsmöglichkeiten die Interessen der Armen und Indigenen stärker zu berücksichtigen und dies auch rhetorisch zu vermitteln, so könnte er die inkludierende Rolle spielen, die gerade den Indigenen so lange gefehlt hat. Substanzielle Verbesserungen der Armut lassen sich zwar nur langfristig erreichen. Möglicherweise genießt jedoch nur ein Präsident Morales das nötige Vertrauen bei den Betroffenen diesen Prozess voranzutreiben, ohne gestürzt zu werden. Dies sollten auch die Vereinigten Staaten berücksichtigen, wenn sie wieder einmal erwägen, im Falle eines Wahlsieges von Morales ihre bilaterale Hilfe zu kürzen.

Die in ihrer Tendenz nationalistische Betonung bolivianischer Interessen und die Ablehnung ausländischer Partizipation im Land (sei es in Form von FDI oder ODA), die von allen drei Kandidaten gepflegt wird, ist riskant und populistisch: Hier wird eine nationalistische Stimmung im Volk bedient, die auf große Enttäuschungen mit der Wirtschaftsliberalisierung und der Rolle der internationalen EZ zurückgeht. Dennoch wissen sowohl Morales als auch Quiroga und Doria Medina, dass Bolivien auf internationales Kapital angewiesen ist, um Entwicklungserfolge zu erzielen. Aufgabe des künftigen Präsidenten muss also sein, die Investitionsbedingungen im Lande deutlich zu verbessern und sich für internationale Investoren wie auch für die EZ als verlässlicher Partner zu präsentieren. Dies muss geschehen mittels noch stärkerer Korruptionsbekämpfung und einer Verstärkung der organisationalen Strukturen des Staates. Das heißt nicht, mehr Behörden zu schaffen, sondern die bestehenden zu verbessern: Posten dürfen nicht mehr als politische Verfügungsmasse angesehen werden, um Freunde, Verwandte und Parteigänger

für Loyalität zu belohnen, sondern müssen streng nach meritokratischen Regeln besetzt werden. Innerbehördliche horizontale und vertikale Accountability muss verstärkt und Sanktionen müssen wirksam durchgesetzt werden.

Mit der wichtigste Bestandteil einer institutionellen Stabilisierung Boliviens ist jedoch die Demokratisierung der Parteien. Das Fehlen verlässlicher Partner auf Seiten der Parteien bereitet der internationalen Gebergemeinschaft große Sorge. Ohne stabile, programmatisch klar ausgerichtete und demokratisch verfasste Parteien kann langfristig keine friedliche gesellschaftliche Interessenartikulation verwirklicht werden. Auch kann man ohne Parteien keinen Staat führen: Mesas Projekt des Regierens ohne Parteien fehlte die Basis im Kongress und scheiterte. In diesem Zusammenhang muss man mit Sorge betrachten, dass im Falle aller drei Präsidentschaftskandidaten die Parteien zu bloßen Maschinerien der Stimmenbeschaffung verkümmert und auf eine caudillistische Führungspersönlichkeit ausgerichtet sind.

Die Agenda, mit der sich der neue Präsident konfrontiert sieht, ist schwierig und sicherlich eher durch eine geduldige Politik der kleinen Schritte als durch einen großen unrealistischen Rundumschlag zu bewältigen. Dabei sollte es der neue Präsident tunlichst vermeiden, sich dem populistischen Reflex hinzugeben, nationalistische Forderungen des Volkes zu bedienen, die die internationale Gemeinschaft (inklusive potenzielle Investoren) verprellen könnte. Armutsreduzierung kann kurzfristig nur mit Hilfe internationalen Kapitals erfolgen. Dass dies den bolivianischen Staat jedoch nicht zum bloßen Erfüllungsgehilfen der internationalen Gebergemeinschaft degradiert, dürfte andererseits auch klar sein.

Autorennotiz:

Tangmar Marmon, Politologe. Studium in Mainz, Glasgow und La Paz. Praktika für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bolivien und die GTZ. Gutachter für die FES in Bolivien und die *Delegación Presidencial Anticorrupción* in Bolivien.

E-Mail: t.marmon@gaia.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Lektorat und Produktion: Nina Grabe und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iik@iik.duei.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Soeben erschienen:

Klaus Bodemer / Francisco Rojas Aravena (eds.)

**La seguridad en las Américas:
El impacto de los cambios en el sistema global**

Frankfurt: Iberoamericana / Vervuert 2005

227 p., € 24,-

ISBN 84-8489-215-8 / 3-86527-226-6

El cuadro de seguridad en las Américas ha experimentado en los últimos quince años grandes cambios que afectan de manera muy diferente a los miembros del triángulo EE.UU., América Latina y Europa. Con respecto a EE.UU., primer pilar del triángulo, observamos desde los años 90 el surgimiento paulatino de un nuevo paradigma de seguridad, el cual después del 11 de septiembre, desemboca en un concepto unilateral, focalizado casi exclusivamente en la lucha contra el terrorismo internacional. En América Latina, el segundo pilar, se destaca, por un lado, una tendencia creciente hacia la cooperación, coordinación y concertación en asuntos de seguridad. Al mismo tiempo, se observan nuevas amenazas, como el aumento de la criminalidad cotidiana, la violencia social y la extensión endémica del crimen organizado. Finalmente, las acciones unilaterales de la administración Bush hacen sentir a los europeos sus debilidades programáticas y (sobre todo) prácticas en el área de la Política Exterior y de Seguridad Común (PESC), ocasionado así la elaboración una doctrina de seguridad propia. El libro discute estas tendencias en las políticas de seguridad a nivel nacional, subregional, regional e interregional y esboza posibles escenarios al respecto.

Institut für Iberoamerika-Kunde, Alsterglaci 8, 20354 Hamburg

Tel. 040 / 41 47 82 01 – Fax 040 / 41 47 82 41

E-Mail: publications@iik.duei.de – <http://www.duei.de/iik>